

akzente

Seite 1
GBM aktuell

Seite 3
GBM Reisen

Seite 5
GBM gratuliert

Seite 6
GBM Kultur

Monatszeitung der Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e.V.

Oktober 2015



Willenserklärung

der Teilnehmer der „Alternativen Einheitsfeier“
des Ostdeutschen Kuratoriums von Verbänden e.V.
vom 3. Oktober 2015

Vor einem Vierteljahrhundert wurde die DDR durch die BRD vereinnahmt. Trotz ständiger Verunglimpfung ist es nicht gelungen, das Erbe der DDR aus dem Leben der BRD zu tilgen. Wir werden auch weiterhin alles in unseren Kräften Stehende tun, um das Erbe und Vermächtnis der DDR zu bewahren. Die Erfahrungen des sozialistischen Aufbaus in der DDR sind und bleiben angesichts der ungeheuren Verschärfung der Kriegsgefahr und sozialen Spaltung in Europa wertvoll für den weiteren Kampf für Frieden und Gerechtigkeit.

Aktive Friedenspolitik ist das alles überstrahlende Moment der vier Jahrzehnte der Existenz der DDR. Die historische Wahrheit lautet: Die Erhaltung und Festigung des Friedens war im Verbund mit den sozialistischen Ländern Staatsdoktrin. Die Grundlage dafür war eine von Ausbeutung freie Gesellschaft. Die Grenzöffnung vor 25 Jahren und die Zerschlagung des ersten deutschen Friedensstaates erwiesen sich allzu bald als die größte Gefahr für den Frieden in Europa und darüber hinaus. Die gleichzeitig mit der verstärkten Aggression nach außen und verschärfter Ausbeutung im Innern verbundene militaristische Politik nahm ihren

ungebremsten Verlauf. Heute ist Deutschland wieder an Kriegen beteiligt und der drittgrößte Waffenexporteur der Welt. Damit trägt es direkte Mitschuld am Tod unzähliger unschuldiger Menschen. Die Länder des Südens werden zur weiteren Bereicherung der multinationalen Konzerne und besonders des deutschen Kapitals ausgebeutet und demokratischer Rechte beraubt. Im Ergebnis dieser Politik, die die Lebensgrundlagen von Millionen Menschen in der Welt zerstört, verlassen Hunderttausende ihre Heimat und suchen Zuflucht in den „reichen“ Ländern Europas. Wir stehen solidarisch an ihrer Seite. Wir verurteilen jedwede nationalistische Verunglimpfung. Auch 25 Jahre nach dem Anschluss der DDR an die BRD sind die Lebensverhältnisse zwischen Ost und West nicht angeglichen, sondern verschlechtern sich zusehends zu Ungunsten der Menschen im Osten.

Wir fordern:

- Beendigung der aggressiven Maßnahmen zur Osterweiterung der NATO und der Auslandseinsätze der Bundeswehr;
- Schluss mit der Interessenvertretung der USA in Europa und der internationalen Waffenlobby, Verbot des Rüstungsexports und konsequente Abrüstung;
- Stoppt Ramstein, Auflösung des USA-Militärstützpunktes des zentralen Drehkreuzes völkerrechtswidriger Angriffe auf den Frieden, Beseitigung aller Atomwaffen auf deutschem Boden;
- Initiativen für eine friedliche Lösung des Nahost-Konflikts und aller militärischen Konflikte in der Welt gemeinsam mit Russland und China;
- Statt kriegerischer Aktionen Verstärkung der humanitären und Entwicklungshilfe sowie Beendigung der Ausbeutung der armen Länder des Südens;
- Gerechte Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums in Deutschland und Angleichung der Lebensverhältnisse der ostdeutschen Länder.

Die Durchsetzung dieser Ziele erfordert die nationale und internationale Einheit aller fortschrittlichen und linken Kräfte. Wir fordern linke Parteien und Verbände zu einer konsequenten Anti-Kriegspolitik auf. Wir fordern gemeinsame Aktionen aller demokratischen Kräfte für Frieden und soziale Gerechtigkeit.

Nützlicher Feind: Der Faktor Islam in den Weltmachtstrategien des Westens

Das war das Thema einer Konferenz, die der Deutsche Freidenker-Verband in Zusammenarbeit mit anderen Organisationen u. a. auch der GBM am 12. September 2015 in Frankfurt am Main veranstaltete, um dringenden Aufklärungsbedarf über Zusammenhänge und Hintergründe westlicher Interventionen und Aggressionen in der arabisch-islamischen Welt, die militärische Aufrüstung gegen „islamistischen Terror“ und die Anti-Islamhetze zu leisten.

Die gegenwärtige Flüchtlingsbewegung aus den Krisenregionen ist die Folge der durch die westlichen Staaten ausgelösten Serie verheerender Kriege gegen Irak, Libanon, Libyen, Syrien, Jemen, Gaza und weitere Ländern in Asien und Afrika. Nicht die Lust auf „Luftveränderung“ oder Vergünstigungen“ sondern der Wille zum Überleben zwingt die Menschen zum Verlassen ihrer Heimat. Politik und Medien beklagen, neben ihrer Berichterstattung über den Zustand und die Lage der zunehmenden Flüchtlingsströme, dass die westliche Zivilisation auch einer Gefahr des „islamistischen Terrors“ von außen ausgesetzt sei und im Innern angeblich eine „Islamisierung“ der Gesellschaft drohe. Damit werden auch Emotionen geschürt, um berechtigte Sorgen und Ängste der Menschen von den wirklichen Ursachen und Schuldigen abzulenken. Die Saat der jahrelangen Anti-Islamhetze geht schließlich auf.

Brandanschläge auf Flüchtlingsunterkünfte, islamfeindliche Demonstrationen und Debatten sind ein Ausdruck dafür.

Wir alle kennen Informationen über die Verwicklung der USA

(Fortsetzung auf Seite 2)

Leserbrief

Dr. Ewald Koch

Zur „Erklärung der Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e.V. – Festung Europa?“ erhielten wir von unserem Leser Dr. Ewald Koch aus Eberswalde folgende Zuschrift:

Ich halte die Entscheidung der Bundesregierung für mutig und vernünftig, den unter menschenunwürdigen Bedingungen in Ungarn befindlichen Flüchtlingen die Einreise nach Deutschland zu ermöglichen. Die künftige Aufnahme sollte allerdings nicht unbegrenzt und geordnet erfolgen, über Verbleib und Ablehnung des Asyls schneller entschieden werden und vor allem die Lasten gerecht und solidarisch unter den EU-Staaten verteilt werden. Leider ist der dazu logische zweite Schritt nur halbherzig, die Kommunen mit den dazu notwendigen finanziellen Mitteln für die Unterbringung und Betreuung auszustatten, wo die vorgesehenen 3 Milliarden mit Sicherheit nicht ausreichen. Das zwingt teilweise die Kommunen dazu, kommunale Ausgaben für die Bürgerinnen und Bürger zu kürzen, was nicht nur zur Beeinträchtigung derer Solidarität führt, sondern auch den rechten Hetzern Aufwind gibt. Da war Frau Merkel zur Bankenrettung bei der Bereitstellung von zweistelligen Milliardenbeträgen leider großzügiger!

Wenn USA-Präsident Obama Bundeskanzlerin Merkel für ihren Einsatz für die Kriegsflüchtlinge lobt, so handelt er unter dem Motto „Haltet den Dieb“. Bekanntlich war und ist die USA-Administration für die Kriegshandlungen – angefangen bei dem sinnlosen Krieg im Irak – und deren Folgen von Elend und Massenflucht mit verantwortlich. Sie sollten sich anstelle all-

gemeiner Sprüche lieber an einer umfassenden humanitären Hilfe als Verursacher beteiligen! Der von UN-Generalsekretär einberufene Flüchtlingsgipfel wäre dazu eine gute Gelegenheit.

Bei der Flüchtlingsdiskussion wird nach meiner Auffassung ein für Deutschland bedeutender positiver Aspekt unterbewertet. In der BRD sterben jährlich mehrere Hunderttausend Menschen mehr als geboren werden. Das menschliche Potential ist jedoch für die Wirtschaftskraft und auch den Lebensstandard in einem Staat von entscheidender Bedeutung. Die Integration von in der Regel jungen und anerkannten Flüchtlingen aus Kriegsgebieten könnte diesen negativen Trend aufhalten und in der Perspektive sogar umkehren. Grundvoraussetzung dafür ist, dass die Erlangung der deutschen Sprache umfassend organisiert und finanziert wird. Darauf aufbauend könnten ausgebildete Fachkräfte schnell eingegliedert, junge Flüchtlinge eine Berufsausbildung erhalten und die Kinder in Schulen für die Fach- und Hochschulausbildung vorbereitet werden. Dafür müssten vom Bund die Kommunen direkt mit finanziellen Mitteln ausgestattet und zentral ein Einwanderungsgesetz beschlossen werden.

Von Gegnern der Aufnahme von Flüchtlingen wird gern das Argument der Überfremdung angeführt, um vorhandene Ängste in der Bevölkerung zu fördern. Selbst wenn in der BRD 800.000 Flüchtlinge aufgenommen und etwa die Hälfte anerkannt würden, wäre das auf 200 Einwohner in der BRD ein Flüchtling. Bei allen Problemen auf diesem Gebiet sollte hier mehr Sachlichkeit Einzug halten.

Ernst Jager

Unser Leser Ernst Jager aus dem OV Barnim übersandte uns folgenden Leserbrief, der in der „Märkischen Oderzeitung“ veröffentlicht wurde:

Wer aufmerksam liest bekommt den „Schlingerkurs“ von Angela Merkel frei Haus vorgeführt. Nein, kein anständiger Deutscher braucht sich der Hilfe von in Not Geratener zu schämen. „Wir schaffen es“ jetzt, wo der Flüchtlingsstrom des Elends unaufhörlich nach Europa zieht, die Lage an den europäischen Grenzen zunehmend unüberschaubarer ist, Unruhen und weitere Dramen im Mittelmeer nicht verhindert werden können? Und da, wo rechte Protestierer und Brandstifter mit Schutzsuchenden umgehen? Das ist beschämend. Ja, in Deutschland brennt es wieder. Und Thomas de Maiziere: „Wir können nicht alle aufnehmen“.

Was nun Frau Bundeskanzlerin? Haben Ihnen die verzweifelten Menschen, die bereits seit langem im europäischen Meer ertranken, nicht die Augen geöffnet? Jetzt ist es spät, vielleicht zu spät. Das Elend kommt zu Millionen, Dank Ihrer „Einladung“ gerne auch nach Deutschland. Es ist daher nicht fair, dass Sie sich für den freundlichen und hilfreichen Empfang durch die deutschen Bürger „feiern“ lassen. Aufgabe ist es, Kriege zu verhindern und nicht mit Waffenexporten aufrecht zu erhalten. Fremdenfeindliche Kriminelle sind wirksam zu bekämpfen. Daran sollten europäische Politiker gemessen werden, denn das sind die Ursachen allen Elends.

in die Entstehung des „Islamischen Staats“, dieser Terrorgruppe, die in bemerkenswerter Eintracht mit den US-Strategien die Region im Nahen Osten destabilisiert. Andererseits dient die angebliche Bekämpfung des ISIS dem Pentagon als Vorwand, um wieder stärker mit eigenen Truppen in der Region Fuß zu fassen. Die Konferenz hat einen konstruktiven Beitrag geleistet zur Offenlegung der Hintergründe und Folgen der seit 25 Jahren fast ununterbrochen geführten US-Weltordnungskriege und der vom Westen betriebenen Regime-Change-Politik der vergangenen Jahre. Klaus Hartmann, Rainer Rupp, Sabine Schiffer, Elias Davidson und weitere Referenten analysierten die Weltmachtstrategien der imperialistischen Zentren gegenüber den arabisch-islamischen Ländern unter den verschiedensten Aspekten.

Die Verwirklichung des Ziels dieser Konferenz ... „**die Weltmachtstrategien westlicher Regierungen in der arabisch-islamischen Welt im Zusammenhang aller ihrer wesentlichen Aspekte zu analysieren, um die von den Zentren des imperialistischen Weltsystems gewollte „Weltordnung“ in ihrer perversen Irrationalität und Gefährlichkeit zu delegitimieren**“ wird auch an unsere eigene politische Arbeit weiterhin große Anforderungen stellen.

Die Redebeiträge

■ Klarstellungen zu Islam, Fundamentalismus und Islamismus

Klaus Hartmann, Vorsitzender des Deutschen Freidenker-Verbandes

■ Unterwegs im US-Auftrag – Von den Warlords in Afghanistan bis zum IS

Rainer Rupp, Publizist

■ „Mythos“ Islamistischer Terrorismus: Produktion, Vermarktung und Verwendung

Elias Davidson, Komponist und Autor

■ Islamophobie – Medienkampagnen zur rassistischen Kriegsmobilmachung

Dr. Sabine Schiffer, Berlin, Institut für Medienverantwortung,

werden sowohl in einer gemeinsamen Broschüre der Veranstalter als auch in unserer Hefreihe des Arbeitskreises Frieden der GBM als Einzelbeiträge veröffentlicht.

Helga Hörning

Wir trauern um unsere verstorbenen Mitglieder

Gertrud Boldt
Berlin

Klaus Haubold
Berlin

Dr. Hans-Ewald Dahlke
Berlin

Waltraut Hoffmanns
Bad Salzungen

Wir werden ihr Andenken in Ehren halten.

Wir trauern um
Dr. Peter Strutynski,
Organisator und Sprecher
des Bundesausschuss
Friedensratschlag, der in
der Nacht zum 27.09.2015
verstarb.

Die Friedensbewegung
und die gesamte deutsche
Linke verlieren mit ihm einen
engagierten, aufrechten
Kämpfer gegen den Krieg.

Reise durch Belgien



Fotos: Jörg Pauly

Einem guten Rat Theodor Fontanes folgend

*„An einem Sommermorgen
da nimm den Wanderstab (Wanderbus),
es fallen deine Sorgen
wie Nebel von dir ab“.*

Reisten wir für eine Woche ins benachbarte Königreich Belgien. Wir wohnten im Best Western Country House Hotel in Brüssel.

Belgien erlangte 1830 seine Unabhängigkeit und wurde mit der Verfassung von 1831 zur konstitutionellen Erbmonarchie erklärt. Es besteht aus den Landesteilen Wallonien im Süden und Flandern im Norden und hat drei Staatssprachen: französisch, niederländisch und deutsch. Bei den Stadt- und Ortsführungen konnten wir die bestehenden Unterschiede zwischen dem französisch sprechenden Süden der Wallonen (ca. 1/3) und dem niederländisch sprechenden Norden der Flamen (ca. 50 %) wiederholt feststellen. Auch das katholische Glaubensbekenntnis von ca. 89 % hat wenig zur Überwindung bestehender Differenzen beigetragen.

Die Hauptstadt Brüssel mit ihrem pulsierenden Leben und den Sehenswürdigkeiten hat auf uns nachhaltig gewirkt, insbesondere das eindrucksvolle Rathaus, die St. Michaelis Kathedrale mit ihren 269 m hohen Türmen, die aus Eichenholz geschnitzte Kanzlei, der Königspalast, der Palast der Nationen, die Kammer des Senats, der Justizpalast mit der Kuppel als Wahrzeichen der Stadt und die legendäre Figur Manneken Pis.

Brüssel ist gleichzeitig Sitz des EU-Parlaments, des EU-Rates und der EU-Kommissionen und ebenso des Verwaltungsapparates mit 48.000 Mitarbeitern sowie 70 EU-Gebäuden.

Ein Höhepunkt dieser Reise war ein Treffen im EU-Parlament mit der Berliner Abgeordneten der Europäischen Linken Martina Michels. Das Gespräch ging vor allem um die Solidarität mit Griechenland. Martina würdigte das Treffen ihrer Fraktion mit Alexis Zypras. Wir waren uns einig, dass wir ein anderes Europa als das der NATO, der Monopole und Banken wie EZB und IWF wollen und brauchen. Es muss ein soziales Europa, ein Europa für Menschen mit Menschenrechten werden. Wir bekräftigten im Gespräch unsere Solidarität mit dem griechischen Volk.

Ein Ausflug führte uns zur Nordseeküste Belgiens, in die Provinzhauptstadt Ostende, die durch die Hitler-Armee im 2. Weltkrieg stark zerstört wurde. Ein Höhepunkt dabei war die etwa einstündige Fahrt mit der längsten Straßenbahn der Welt, der Kustram, entlang der Küste durch eine Vielzahl von kleinen, idyllischen Nordseebadorten, wie Ostende mit Jachthafen und Leuchttürmen, Breden, De Haan, Wendüsne, Blankenberg, Zeebrügge, Heist bis zum Zielort Knokke. Es waren 37 Haltestellen von insgesamt 68. Zurück fuhren wir durch das schöne Flandern mit seinen fruchtbaren Marschböden und durch einige Kultur- und Wirtschaftszentren.

Am nächsten Tag besuchten wir Brügge und Gent, wo wir vieles über die Provinz Flandern und ihre Entwicklung zu einer der bekanntesten Wirtschaftsregionen der Welt erfuhren. Ein unvergessliches Erlebnis wurde die romantische Grachtenfahrt (ca. 5 km) durch eine Vielzahl von Kanälen, wo sich uns ihre Bezeichnung als „Die schöne Stadt“ in malerischen teils „versteckten“ Gärten und Plätzen vom Wasser aus erschloss. Ihre einstige kulturelle Blüte bezeugen noch heute Bauten mit ausgeprägter Architektur. Die Tuchmacher- und Textilindustrie waren Ausgangspunkte und Schrittmacher für die Industrialisierung mit spürbarem Einfluss auf die Gesamtentwicklung des europäischen Kontinents. Bei der Stadtführung konnte ein gewisser Stolz nicht überhört werden, dass die einst älteste Industrielandschaft des reichen Walloniens mit dem Niedergang des Kohlebergbaus und der Stahlindustrie vom prosperierenden flämischen Norden wirtschaftlich in den Schatten gestellt wurde. Nicht zu vergessen ist dabei auch der forcierte Ausbau der Hafenwirtschaft z. B. in Gent und Zeebrügge.

Die Stadt Gent erlebten wir als eine historische, aber auch zeitgenössisch moderne Industriestadt mit einzigartiger Atmosphäre. Unser Stadtrundgang führte uns entlang der Leie, über den Blumenmarkt, vorbei an Gildehäusern, dem Roten Platz mit der Inschrift „Proletarier aller Länder vereinigt euch“, dem Eingang zur historischen Fisch- und Fleischhalle (Baustil aus dem



15. Jahrhundert) mit aktueller Schlachtung und Verkauf (jeweils freitags), dem Hafen, dem Staatstheater (erbaut 1897) u. a.

Unvergessliche Eindrücke nehmen wir vom Tagesausflug in die flämische Weltstadt Antwerpen mit. In den 5 Provinzen der Region Flandern nimmt Antwerpen mit seiner Ausstrahlung einen besonderen Platz ein. Allein schon die Anfahrt durch die Heide, durch Kiefernwälder, Moore und Binnendünen, unterbrochen von Abteien, Beginenhöfen und den Kleinstädten Herrental, Turnhout und Lier, beeindruckten uns sehr.

Antwerpen gehört zu den großen Städten Europas und war einst wichtigste Handelsmetropole des Kontinents, aber auch bedeutendes kulturelles Zentrum, u. a. Wirkungsstätte von Rubens. Prägend ist der gut erhaltene historische Stadtkern mit seinen Sehenswürdigkeiten, Bauten und Kunstdenkmälern aus der Blütezeit des Spätmittelalters, der Renaissance, des Barocks und auch des Jugendstils. Dazu zählen u. a. die acht großen Kirchen und die Beginenhöfe. Am schönsten war die Rundfahrt mit der „Flandria“ auf der Schelde durch den ca. 14.000 ha großen Hafen. Einen so großen und leistungsfähigen Hafen hatten viele von uns trotz mehrerer Weltreisen noch nicht gesehen. Nicht weniger beeindruckend waren auch das mehr als 450 Jahre alte Rathaus mit Brunnen, die katholische Frauenkirche mit mehreren Altären, das 1876 errichtete Stadtmuseum (gehört heute zum Weltkulturerbe), die 1993 neu gestaltete Gartenanlage mit Tulpen aus China.

Sehr nachdenklich stimmte uns das Ausmaß der von Sozialhilfe lebenden Bewohner Antwerpens. Anerkennend erfuhren wir, dass sich unsere belgische Stadtführerin seit ca. 15 Jahren mit ihren Helfern ehrenamtlich um Benachteiligte Antwerpener kümmert.

G. „Schorsch“ Neubauer
(redaktionell bearbeitet)

Aus den Ortsverbänden

Erfurt

Der Ortsvorstand der GBM lädt alle Mitglieder und Sympathisanten zu einer Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen und der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag ein.

Thema: „Ein Querdenker und sein kritischer Blick auf die jüngere deutsche Geschichte“ mit Peter-Michael Diestel, Innenminister der letzten Regierung der DDR. Moderation: Rechtsanwalt Ralph Dobrawa, Gotha.

Mittwoch, **21. Oktober 2015, um 17 Uhr**, Haus Dacheröden, Anger 7/38 in 99084 Erfurt.

Magdeburg

Die nächste Zusammenkunft des Ortsverbandes findet am Mittwoch, dem **28. Oktober 2015, um 15 Uhr** im Versammlungsraum der Volkssolidarität, Halberstädter Straße 115 in Magdeburg-Sudenburg, statt.

Thema: Drohnenkrieg

Zu der Veranstaltung, die gemeinsam mit dem Sozialverband ISOR durchgeführt wird, sind alle Mitglieder herzlich eingeladen.

Berlin-Mitte

Einladung

Der Ortsvorstand Berlin-Mitte der GBM, der Arbeitskreis Kultur- und Bildungsreisens der GBM und die Territorialgruppe der GRH Berlin-Mitte laden alle Mitglieder der GBM, GRH und ISOR sowie Sympathisanten zu einer Veranstaltung am Dienstag, dem **20. Oktober 2015, um 15 Uhr**, in die Studiobühne des Kreativhauses, Fischerinsel 3, 10179 Berlin ein.

Es spricht die Schriftstellerin und Lyrikerin Gisela Steineckert zum **Thema: „Hand auf's Herz – meint ihr, die Russen wollen Krieg?“**

Die Veranstaltung wird musikalisch umrahmt mit russischen und deutschen Volksweisen durch das aus dem Ural stammende Duo Falter und einem weiteren Gesangs-solisten.

Görlitz

Der Ortsverband und die Görlitzer „Rotfüchse“ laden zu einer Diskussionsveranstaltung mit Rainer Braun, Geschäftsführer der deutschen Sektion der internationalen Sektion der Assoziation „Juristen gegen atomare, biologische und chemische Waffen“ zum Thema:

„Flüchtlinge als Opfer von Kriegen und Gewalt, was sind die aktuellen Herausforderungen an die Friedensbewegung?“

Dienstag, dem **3. November 2015, um 15.15 Uhr** im „Zeltgarten“ Zittauer Straße 101, 02827 Görlitz, recht herzlich ein.

Erfurt

Der Ortsverband Erfurt bittet uns, mitzuteilen, dass künftig alle Mitgliederversammlungen und weitere Veranstaltungen in der Geschäftsstelle der Partei DIE LINKE, Eugen-Richter-Straße 44, 99085 Erfurt, jeweils am **1. Dienstag des Monats (6. Oktober, 3. November, 1. Dezember)** stattfinden.

Folgende Themen sind vorgesehen:

- **Erklärung der GBM „Festung Europa“**
- **Gedanken zu 25 Jahren staatlicher Einheit**
- **Gesundheitliche und soziale Versorgung.**

Der Sprecherrat tagt ab 09.30 Uhr.

Dr. Hans-Ewald Dahlke

*26.03.1926 – †20.09.2015

Mitbegründer der GBM, hat mit seinen großen politischen Erfahrungen als einer der drei Herausgeber des Weißbuchs 3 der GBM über „Bildungswesen und Pädagogik im Beitrittsgebiet“ einen eigenen, sehr beachteten und wertvollen Beitrag über die immer lebendige Idee von der Bildungsreform hinterlassen.

Als langjähriges Vorstandsmitglied engagierte er sich für die Durchsetzung der Ziele unserer Gesellschaft.

Wir werden ihn mit Dankbarkeit in Erinnerung behalten.

Antifa-Treffen im Riesengebirge

Traditionsgemäß fand am letzten Sonnabend im August im tschechischen Grenzort Pomezni Boudy (Mala Upa/Trutnov) das jährliche Antifa-Treffen von tschechischen, deutschen und polnischen Mitgliedern linker Organisationen und Parteien sowie von Vertretern weiterer europäischer Staaten statt. Es beteiligten sich in diesem Jahr etwa 200 Mitstreiter. Eine Überraschung war die Teilnahme von Täve Schur, der extra zu diesem Treffen angereist war, aber in seiner sprichwörtlichen Bescheidenheit kein Aufheben davon zuließ.

Seit dem ersten Treffen tschechischer und deutscher Proletariat vor allem aus den Kohlegruben Schlesiens und Böhmens sind bereits 93 Jahre vergangen. Diese jahrzehntelange Tradition wurde vor allem von den tschechischen Kommunisten über die Jahre der faschistischen Okkupation bewahrt. Auch eine 1927 von deutschen Kommunisten an ihre tschechischen Klassenbrüder übergebene Fahne wurde über die Zeit der faschistischen Diktatur gerettet. Ernst Thälmann sprach damals unter einem Pseudonym zu den Arbeitern beider Länder.

Trotz aller Versuche, die Fortsetzung dieser Tradition nach der sogenannten „samtenen Revolution“ zu verhindern, lebt sie unverändert fort mit dem Ziel, die Bürger unserer Länder, ausgehend von den bitteren historischen Erfahrungen der kapitalistischen Zeiten, zum aktiven Kampf für ein menschenwürdiges Leben heute und in Zukunft zu mobilisieren. In einem Aufruf der Teilnehmer des Treffens wird vor allem die Notwendigkeit des gemeinsamen Engagements aller friedliebenden Menschen gegen die immer bedrohlicher werdende Kriegsgefahr hervorgehoben. (siehe auch www.rfb-online.org)

K.-H. Wendt



Fotos: Ing. Prouza



Foto: Jörg Pauly

Jürgen Zenker, Mitglied des AK Menschenrechte Eine wichtige Initiative, die unserer Unterstützung bedarf

Mit Datum vom 18. März 2015 brachten die Bundestagsfraktionen der LINKEN und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einen Antrag in den Bundestag ein, der die baldige Ratifikation des Fakultativprotokolls zum UN-Sozialpakt zum Ziel hat (Drucksache 18/4332).

Dieser Antrag war notwendig, weil es Deutschland bisher versäumt hat, sich dem Fakultativprotokoll anzuschließen. Die UN-Vollversammlung hat mit der Resolution 63/117 vom 10. Dezember 2008 ohne Abstimmung das genannte Protokoll angenommen. Deutschland war sogar Koautor des Entwurfs. Es wäre also folgerichtig gewesen, den nächsten Schritt zu tun,

das Fakultativprotokoll zu unterzeichnen und zu ratifizieren. In der Zwischenzeit ist es am 5. Mai 2013 in Kraft getreten. Und noch immer zögert die Bundesregierung, sich zum Beispiel Frankreich und anderen EU-Staaten anzuschließen und Partner des Protokolls zu werden. Aus zivilgesellschaftlicher Sicht enthält das Fakultativprotokoll Regelungen, die dazu beitragen können, menschenrechtliche Defizite in unserem Lande abzubauen bzw. zu beseitigen. Zu nennen sind insbesondere zwei Verfahren, ein internationales Beschwerdeverfahren und ein Untersuchungsverfahren. Das internationale Beschwerdeverfahren sieht vor, dass Einzelpersonen oder Personengruppen dem UN-Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte Mitteilungen übersenden können, wenn sie Opfer einer Verletzung von Rechten sind, die im Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte enthalten sind. Die Möglichkeit, Mitteilungen zu übersenden, setzt allerdings vor-

aus, dass der nationale Rechtsweg ausgeschöpft wurde. Der UN-Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, das Gremium, das die Mitteilungen prüft und darüber entscheidet, hat im Falle Deutschlands mehrfach in abschließenden Bemerkungen vom 4. Dezember 1998, vom 24. September 2001 und vom 12. Juli 2011 menschenrechtliche Defizite benannt und konkretes Handeln verlangt, um Fortschritte zu erreichen. Es wäre also wahrscheinlich, dass er im Falle von Mitteilungen beispielsweise zum Recht auf soziale Sicherheit Entscheidungen trifft, die seinen Forderungen in abschließenden Bemerkungen entsprechen. Was das Untersuchungsverfahren betrifft, so erscheint es denkbar, menschenrechtliche Aspekte der Hartz-IV-Gesetzgebung zu einem möglichen Gegenstand zu machen. Die Bundesregierung hat ihre bisherige Haltung der Verschleppung einer positiven Entscheidung zur Partnerschaft im Fakultativprotokoll zum Sozialpakt damit gerech-

fertigt, dass diese sich noch im Prüfungsprozess befindet. Der Antrag vom 18. März 2015 bietet die Gelegenheit, und den entscheidenden Impuls, die längst überfällige Entscheidung zu treffen. Das läge im Interesse deutscher Glaubwürdigkeit in Menschenrechtsfragen. Das schließt ein, dass ein Beitritt ohne Vorbehalte erfolgt.

Seit Einbringung des rot-grünen Antrags sind nunmehr bereits 5 Monate verstrichen. Entschieden wurde die Überweisung an Ausschüsse. Die inhaltliche Behandlung steht bevor und sollte im Kontakt der Mitglieder des Bundestages auch mit den Organisationen der Zivilgesellschaft erfolgen, um dem Menschenrechtsrat bei der 3. UPR-Berichterstattung eine positive deutsche Entscheidung mitteilen zu können.

(Die Anträge der Bundestagsfraktion DIE LINKE und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 18. März 2015 sowie aus der vorangegangenen Legislaturperiode und das „Fakultativprotokoll“ können auf unserer Internetseite abgerufen werden)



Wir beglückwünschen alle Jubilare des Monats Oktober 2015. Besonders herzlich grüßen wir

Ingeborg Heber, Kesselsdorf
Ernst Karsten, Halberstadt
Ruth Müller, Berlin
Christel Oppitz, Jena
Dr. Artur Pommerenke, Rostock
Edith Rütz, Teschendorf
Werner Straube, Chemnitz

zum 89. Geburtstag
Gisela Fischer, Kleinmachnow
Ursula Jeschor, Berlin
Eva Kulms, Marksuhl
Dr. Hildegard Maier, Schöneiche
Dr. Werner Matz, Berlin
Renate Otto, Berlin
Harry Prill, Brandenburg
Hanna Scharfenstein, Berlin
Martin Stöhr, Berlin
Karl-Heinz Wollmann, Halle

zum 88. Geburtstag
Helga Besenbruch, Berlin
Ursula Dehmel, Berlin
Irmgard Dittrich, Gera
Dr. Hans Hilgenberg, Berlin
Erika Jahnke, Berlin
Erich Klukas, Schwerin
Dr. Peter Knoll, Berlin
Lore Krajewski, Berlin
Ingeborg Maiwald, Görlitz

Hans Meytzeich, Potsdam
Ursula Richter, Dresden
Dr. Erika Ringer, Berlin
Prof. Dr. Horst Schneider, Dresden
Heinz Troppenz, Berlin

zum 87. Geburtstag
Hermann Bewarder, Berlin
Prof. Dr. Gerd Friedrich, Berlin
Gertrud Lobenstein, Berlin
Siegfried Mauksch, Berlin
Dr. Heinz Moritz, Berlin
Heinz Müller, Radebeul
Gerhard Pannhausen, Potsdam
Helmut Pannhausen,
Bergholz-Rehbrücke
Günter Rödiger, Gera

zum 86. Geburtstag
Christa Cesarz, Zingst
Dr. Werner Ettelt, Berlin
Horst Jablonski, Berlin
Heinz Koch, Weimar
Dr. Marta Kokoschko, Schöneiche
Willi Knaak, Wandlitz
Kurt Lippold, Berlin
Hans Maluck, Neubrandenburg
Elli Müller, Kamenz
Dr. Erich Napierkowski, Berlin
Dr. Hans Probst, Berlin

zum 85. Geburtstag
Rudolf Baumgart, Berlin
Reinhold Becker, Erfurt
Günther Feihe, Bernau
Erika Hempel, Berlin
Leni Hoffmann, Neustrelitz
Martin Kelm, Losten
Erika König, Halle (S.)
Marianne Leupolt, Berlin
Lieselotte Müncheberg,
Schöneiche
Dr. Lothar Oppermann, Berlin
Hans-Rainer Otto, Berlin
Waltraud Seifert, Berlin
Werner Wünschmann, Berlin

zum 80. Geburtstag
Hanna Greiner-Bär, Berlin
Walter Schmidt, Gera
Gertraud Smukalski, Witterda
Irmgard Westphal, Berlin

zum 75. Geburtstag
Marlene Blumentritt, Cottbus
Prof. Roswitha März, Berlin
Günter Mensch, Eggersdorf
Ilse Nisch, Berlin

zum 70. Geburtstag
Sylvia Vogler, Weißenfels

zum 94. Geburtstag
Ilse Mehlhorn, Berlin

zum 93. Geburtstag
Joachim Galke, Frankfurt/Oder
Georg Gersdorf, Gera
Ursula Pohl, Leipzig

zum 92. Geburtstag
Margot Richter, Dresden
Christine Schramm, Chemnitz

zum 91. Geburtstag
Miriam Pandor, Berlin
Hildegard Parchmann, Schwerin
Günther Wöllert, Rostock

zum 90. Geburtstag
Horst Baumgart, Berlin
Dr. Harald Bühl, Berlin
Gisela Glende, Berlin

Herausgeber

Bundesvorstand der Gesellschaft
zum Schutz von Bürgerrecht und
Menschenwürde e. V.
Weitlingstraße 89, 10317 Berlin
Tel.: 030 5578397
Fax: 030 5556355
E-Mail: gbmev@t-online.de
Website: www.gbmev.de

Geschäftszeiten

Mo.–Do. 9.00–16.00 Uhr
Fr. 9.00–12.00 Uhr

Bankverbindung

Berliner Sparkasse
BLZ 100 500 00
Konto-Nr. 0013 192 736
Neu ab 01. Februar 2014
IBAN DE16 1005 0000 0013 1927 36
BIC BELA DEBE XXX

Erscheinungsweise

monatlich

V. i. S. d. P.

Karl-Heinz Wendt
Redaktion: Jörg Pauly

Redaktionsschluss

25. September 2015

**Redaktionsschluss
der nächsten Ausgabe**

31. Oktober 2015

Layout, Herstellung und Vertrieb

MediaService GmbH
Druck und Kommunikation
Franz-Mehring-Platz 1
10243 Berlin
Tel. 030 29782940

Für den Inhalt namentlich gezeich-
neter Beiträge sind die Autoren
verantwortlich.

Herausgeber und Redaktion haften
nicht für unaufgefordert eingesand-
te Manuskripte. Sie behalten sich
das Recht vor, über den Abdruck
eingesandter Beiträge zu entschei-
den und zum Abdruck kommende
Beiträge zu kürzen

Die **akzente** dienen dem Gedan-
kenaustausch der Mitglieder und
Ortsverbände. Artikel können bei
Behörden nicht als rechtsverbind-
liche Auskunft benutzt werden.

**Kulturnachrichten**

■ Noch bis zum 23. Oktober ist in
der GBM-Galerie die Ausstellung
„Kunst gegen den Faschismus“
zu sehen. Sie zeigt Arbeiten von
Künstlern aus Finnland, Spanien,
Kuba, Peru, Frankreich, Jordanien,
Japan und Brasilien sowie doku-
mentarische Plakate der Bürger-
bewegung „Das Wesen der Zeit“
über die Geschichte des „Rechten
Sektors“, seine faschistische Ideo-
logie und seine Rolle beim „Euro-
maidan“ in der Ukraine.

■ Auch wenn die Dauerausstel-
lung „Kunst im Zeichen der Blau-
en Rose“ (vgl. „akzente“ vom Sep-
tember 2015, S. 8) zeitweise durch
andere Ausstellungen unterbro-
chen ist, so stehen die exzellenten
Druckgrafiken von Künstlern aus
der DDR doch weiter zum Ankauf
zur Verfügung. Interessenten mel-
den sich bitte in der Geschäftsstelle
bei Frau Sonja Franz.

■ In der Schriftenreihe für Kultur
sind in den letzten Monaten zahl-
reiche neue Hefte – u. a. mit Tex-
ten von Armin Stolper, Eberhard
Panitz, Peter Michel und Martina
Dost – erschienen. Sie liegen in der
Geschäftsstelle zur Abholung bereit.

Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e. V.
Weitlingstraße 89, 10317 Berlin
ZKZ 48734, PVSt, Deutsche Post 

Ausstellung in der GBM-Galerie**MARTINA DOST****Zwischen Oderbruch und Provence**

Speichergasse in Quedlinburg, 2012, Aquarell, 50x65 cm

30. Oktober 2015 bis 22. Januar 2016

Die Vernissage findet am Freitag, den **30. Januar, um 17 Uhr** statt.
Laudatio: Dr. Peter Michel. Alle Freunde der GBM und der Galerie
sind herzlich eingeladen.

GBM-Galerie, Weitlingstraße 89, 10317 Berlin

Eintritt: 2 Euro

**Lesen in der Galerie****Eberhard Panitz liest aus seinem Buch****Das Trümmerhaus der Träume Dresdner Novelle 1945**

Erzählt wird die Geschichte zweier Freunde, die 1945 aus Ruinen auferstehen
und sich mit den Gespenstern der Vergangenheit herumschlagen. Kunstvoll
erzählt Panitz Geschehnisse, die nur vordergründig siebzig Jahre zurückliegen.
Das Buch zielt auf die Gegenwart und das kollektive Gedächtnis.

Die Lesung wird moderiert von Martina Dost.

Dienstag, den **20. Oktober 2015, um 17 Uhr**, GBM-Galerie, Weitlingstraße 89, 10317 Berlin.
Der Eintritt ist frei. Spenden sind erwünscht.

28 Mitglieder

28 Mitglieder überwiesen von Mitte
August bis Mitte September 2015
Spenden an die GBM.
Der Vorstand bedankt sich herzlich.

**Aktuelle Bankdaten für einen
Überweisungsvordruck:**

Begünstigter: GBM e. V.
IBAN DE16 1005 0000 0013 1927 36
BIC BELA DEBE XXX
Kreditinstitut: Berliner Sparkasse
Kundenreferenzen (1 Zeile): Spende
noch Verwendungszweck (2 Zeile):
St.-Nr. 27/666/53250